

Schängel-Serie: Erinnerung an NS-Opfer

Recht. Gesetz. Frieden – 200 Jahre Landgericht Koblenz (5)

-von Joachim Hennig-
Die in der letzten Folge angesprochenen Reichsjustizgesetze von 1878/79 waren ein Wendepunkt im deutschen Rechtsleben und auch in der Justiz im Rheinland und in Koblenz. Ein wichtiger und hier mit Blick auf die spätere Entwicklung zu erwähnender Aspekt hierbei war die Tätigkeit von jüdischem Personal.

Der Tätigkeit von Juden in der Justiz ging ein jahrzehntelanger Kampf voraus, der sich bis ins Ende des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt. Vor 1800 waren in allen deutschen Staaten und auch in den linksrheinischen französischen Departements Juden von Staatsämtern ausgeschlossen. Danach gab es gewisse Zugeständnisse, wie etwa in der königlichen Kabinettsordr von 1845. Darin wurde „gedienten Juden“ der Eintritt in untergeordnete (subalterne) Stellen gestattet, sofern damit die „Ausübung einer obrigkeitlichen Autorität nicht verbunden war“. Dass damit Juden nicht Richter werden konnten, war klar. Aber selbst als Gerichtsschreiber wollte man sie nicht beschäftigen. Das Obergericht in Köln ließ sie nicht zu, „weil es beim Publikum einen zu ungünstigen, die Würde des Gerichts beeinträchtigenden Eindruck

machen würde, wenn ein Jude hierbei als gerichtlicher Beamter concurrirte“. Und der Justizsenat Ehrenbreitstein erklärte, dass überhaupt keine Subalternstellen für Juden in Betracht kämen. Die Revolution von 1848 brachte eine neue Rechtslage, aber keine Gleichberechtigung für die Juden. In der „revidierten“ preußischen Verfassung von 1850 hieß es: „Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse“, um so gleich festzustellen, dass der Charakter des Staates christlich sei, demnach „bei denjenigen Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsausübung im Zusammenhange stehen“, die christliche Religion zugrunde gelegt werde. Damit blieben laut Justizministerium „die Bekenner der jüdischen Religion, welche in der Justizpartie eine Anstellung suchen, zur Zeit von allen Ämtern ausgeschlossen (...)“, bei deren Verwaltung sie in die Lage kommen könnten, christliche Eide abzunehmen.“ Das hatte zur Folge, dass es Ende der 1850er Jahre im ganzen Bezirk des Obergerichts in Köln, zu dem das Kreisgericht („Landgericht“) Koblenz gehörte, und im (rechtsrheinischen) Justizsenat Ehrenbreitstein keinen einzigen jüdischen Ge-



Rechtsanwalt Justizrat Dr. Isidor Brasch (links) und Amtsgerichtsrat Dr. Edwin Landau.

Fotos: Förderverein Mahmal Koblenz.

richtsreferendar oder Gerichtsassessor gab – von einem Richter ganz zu schweigen. Vom Richteramt waren Juden generell mit dem „Argument“ ausgeschlossen, sie müssten als Richter ggf. christliche Eide abnehmen. Es ist also kein Phänomen unserer Zeit, bestimmte Personengruppen und Minderheiten mit fadenscheinigen Begründungen auszuschließen und zu diskriminieren. Zum Rechtsanwaltsberuf konnten Juden allerdings zugelassen werden – aber nur im Ein-

zelfall, ohne Rechtsanspruch und nach Gutdünken der Obrigkeit. Eine entscheidende Rechtsanderung brachte das „Gesetz, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung“ vom 3. Juli 1869. In einem einzigen Artikel erklärte es die Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung üblicher Amter für vom religiösen Bekenntnis unabhängig. Das vom Norddeutschen Bund erlassene und dann

mit der Reichsgründung 1871 im deutschen Kaiserreich übernommene Gesetz brachte den Juden nach Jahrzehnten der Diskriminierung und des Kampfes dagegen die formelle politische Gleichberechtigung. Diese Judenemanzipation, d. h. die gleichmäßige und einschrankungslose Zulassung von Juden zu üblichen Amtern, war ein später Sieg des Liberalismus. Dieser Sieg brachte aber nur spärliche Ergebnisse. Am 1. Januar 1871 waren im gesamten Königreich Preußen drei Juden als

Kreis- und Stadtrichter angestellt, ein Jahr später waren es neun und am 1. Januar 1879 99 planmäßig angestellte Richter jüdischer Herkunft. Einer von ihnen war Dr. Bernhard Salomon. Dr. Salomon war 1878 in den Justizdienst eingetreten und hatte sich im Jahr 1884 als Rechtsanwalt in Koblenz niedergelassen. Ein anderer Rechtsanwalt jüdischer Herkunft war der 1864 geborene Dr. Isidor Brasch. Nach dem Jurastudium, der ersten juristischen Staatsprüfung (1885), nach Pro-

motion zum Dr. jur. und der zweiten juristischen Staatsprüfung (1889) wurde er Hilfsrichter in Camberg/Taunus. Nach einem Jahr schied er aus dem Justizdienst aus und ließ sich als Rechtsanwalt in Mayen nieder. 1901, inzwischen verheiratet und Vater zweier Söhne, die ebenfalls Juristen wurden, erreichte er neben seiner Zulassung beim Amtsgericht in Mayen auch die beim Landgericht Koblenz. Die nur kurzzeitige Tätigkeit im Justizdienst als Hilfsrichter und das Überwechseln in den Rechtsanwaltsberuf sollte nicht verwundern. Denn wie in der vorigen Folge dargestellt, musste die Tätigkeit als Gerichtsassessor/Hilfsrichter jahrelang ohne Dienstbezug und nur mit einem Zuschuss ausgeübt werden. Damit konnte man nicht eine Familie unterhalten. Außerdem war es unter dem Druck der jederzeitigen Entlassung (zumal als Jude!) kaum möglich, sein Leben und das seiner Familie zu planen. Da bot es sich an, nach Studium und Ausbildung (jeweils kostspielig und selbst finanziert) zu Beginn der Berufstätigkeit die Justiz von innen noch näher kennenzulernen und sich dann als Rechtsanwalt niederzulassen. Gut möglich war das durch die im Rahmen der Reichs-

justizgesetze im Jahr 1879 ebenfalls in Kraft getretene Rechtsanwaltsordnung. Diese machte den Anwaltsberuf „frei“, d. h. staatsunabhangig, bis dahin waren die Rechtsanwälte im Rheinland nämlich Beamte des Königs. Von nun an hatte der zum Richteramt befähigte Jurist bei Vorliegen der Voraussetzungen auch einen Rechtsanspruch auf Zulassung als Rechtsanwalt. Seine Tätigkeit finanzierte er über die Gebühren seiner Mandanten. Sich „leisten“, Richter zu werden und zu bleiben, konnte sich nur der Jurist jüdischer Herkunft, der für seinen Unterhalt und den seiner Familie nicht auf die Dienstbezug angewiesen war. Einer von ihnen, wohl der erste Richter an einem Koblenzer Gericht, war Dr. Edwin Maria Landau. Der 1861 in Koblenz geborene Dr. Landau war Sohn von Kommerzienrat Heinrich Landau, einem sehr erfolgreichen Kaufmann und verdienten Bürger, Ehrenamtler und Stadtverordneten. Dr. Landau wohnte im Eltternhaus in der Neustadt 4 (heute: Deinhardplatz 4, neben dem damaligen Bankhaus Seligmann und dem Stammhaus der Firma Deinhard). Bezeichnend für die Situation war, dass sich Dr. Landaus Vater als erwachsener hatte evangelisch taufen lassen und auch seine Kinder getauft waren.

Rund ums Eck

Hausanschlüsse und Teile des Hauptkanals werden erneuert

KOBLENZ. Die Hausanschlussleitungen von Haus 6 bis 26 in der Wendelinusstrae in Koblenz werden voraussichtlich bis zum 26. Oktober in offener Bauweise erneuert. In diesem Zug wird ein Teil des Hauptkanales gleich mit erneuert. Zur Durchführung der Bauarbeiten ist es auf Grund der geringen Fahrbahnbreite erforderlich, die Wendelinusstrae voll zu sperren. Das eigentliche Baufeld wird als Wanderbaustelle beginnend bei Haus 6 bis Haus 26 verschoben. Die Teilerneuerung des Hauptkanales erfolgt zuletzt im Bereich vor den Häusern 22 bis 23. Damit die Grundstücke für die Anlieger weiterhin erreichbar bleiben wird die Einbahnstraenregelung während der Bauzeit aufgehoben. Die Grundstücke werden fulaufig jederzeit erreichbar sein. -red-

Wochen der Demokratie

KOBLENZ. Europe Direct Koblenz, das EU-Informationsbüro der Stadtverwaltung Koblenz, beteiligt sich an den Koblenzer Wochen der Demokratie. Gemeinsam mit der Europa-Union Deutschland findet am Mittwoch, 16. September (17 Uhr), ein Online-Bürgerdialog statt: „Landwirtschaft, Nachhaltigkeit und der europäische Green Deal: Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft“. Weitere Veranstaltungen: Freitag, 18. September (18 Uhr): 70 Jahre Schuman-Plan – 70 Jahre Europa – eine Bilanz!; Mittwoch, 23. September (18 Uhr): Aufbruch in die Demokratie – die Bundesrepublik der Ära Adenauer; Freitag, 2. Oktober (18 Uhr): „Deutschland in Europa – Die Deutsche Einheit“. -red-

Unbekanntes Lützel

LÜTZEL. Lützel hat mehr zu bieten als auf den ersten Blick ersichtlich. Zwischen Schienen und Straßen versteckt liegt ein echtes Kleinod, der Volkspark. Im Rahmen des Projekts „Stadtgrün Lützel“ begleitet der Lützeler Hobby-Historiker Hans-Werner Seul einen Rundgang dorthin: Am Mittwoch, 9. September (17.30 Uhr), können Interessierte derzeit noch verschlossene Wege erkunden und gleichzeitig etwas über die Geschichte um Volkspark, Feste Franz und Franzosenfriedhof erfahren. Zu den Zielen des Förderprojektes „Stadtgrün Lützel“ gehört es, den eindrucksvollen Volkspark mit seinem alten Baumbestand besser an den Stadtteil anzubinden und attraktiver zu gestalten. Daher sammelt die Quartiersmanagerin Michaela Wolff während des Rundgangs Anregungen und Wünsche zum Thema Volkspark. Treffpunkt ist die Ecke Ringmauer/Mayener Straße. Festes Schuhwerk ist ratsam. Das Angebot findet nach den Bestimmungen der aktuellen Corona-Verordnung statt. Infos bei: Michaela Wolff, Quartiersmanagement Stadtgrün Lützel,  0176 55 00 17 63, E-Mail: gruenes-luetzel@stadtberatung.info. -red-

Bundeswehrangehorige haben gewählt

Michael Schwab ist Vorsitzender der Standortkameradschaft

KOBLENZ/LAHNSTEIN. Michael Schwab ist Vorsitzender der Standortkameradschaft Koblenz/Lahnstein des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV). Der 51-jahrigere Oberstleutnant führt damit die mitgliederstarkste Untergliederung des DBwV in Rheinland-Pfalz und eine der größten im Landesverband West.

„Ein toller Vertrauensbeweis, der mich motiviert, mein Bestes für die Interessen der Menschen in der Bundeswehr zu geben“, versprach der Stabsoffizier nach dem einstimmigen Votum, dass die wahlberechtigten Vertreter aller am Standort vertretenen Bundeswehrdienststellen bei der Wiederwahl abgaben.



Michael Schwab vertritt die Interessen von rund 3600 Bundeswehrangehörigen in der Region. Foto: DBwV

Bei der Vorstandsarbeit unterstützen ihn sein Stellvertreter Oberstabsbootsmann Michael Pichler, Oberstabsfeldwebel a.D. Horst Kamp (Schriftführer), Hauptmann Gerald Arleth (Pressearbeit) und Hauptmann Patrick Junghans (Kassierer) sowie 29 Beisitzer aus allen Liegenschaften des Standortbereichs. Die Wahrung der sozialen und beruflichen Interessen aktiver wie auch ehemaliger Soldaten sowie der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr ist Aufgabe des Deutschen Bundeswehrverbandes. Mehr als 200 000 Mitglieder sind im DBwV organisiert, der bereits wenige Monate nach Aufstellung der Bundeswehr gegründet wurde. -red-

5256239_1
 79.0 x 65.0 mm
 Lochmann-Wolf, Lisa/219001
 5256239_1

öffentliche Aufforderung

KOBLENZ. Am 22. Oktober 2002 verstarb Karl-Heinz Wirges, geboren am 10. Juni 1948 in Koblenz, letzte Anschrift: Am Kratzkopfer Hof 1, 56076 Koblenz. Erben konnten nicht ermittelt werden. Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlass zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte innerhalb von **6 Wochen** ab Veröffentlichung beim Nachlassgericht Koblenz anzumelden, andernfalls wird gemäß § 1964 BGB festgestellt, dass ein anderer Erbe als der Fiskus des Landes Rheinland-Pfalz nicht vorhanden ist. Die Rechte vorhandener Erben am Nachlass bleiben durch die gerichtliche Feststellung unberührt.

5223350_1
 79.0 x 120.0 mm
 Rhein-Taunus-Krematorium/203952
 5223350_1

Monika Steffens

geb. Weber
 15. Juli 1966 – 3. Juli 2020

Herzlichen Dank

für alle Zeichen der Liebe, Freundschaft und Anteilnahme, alle Gebete, tröstlichen Worte und Hilfe, die uns zuteil wurde, für alle Spenden zugunsten des Caritasverbands.
 Ein herzlicher Dank allen, die Monika auf ihrem letzten Weg begleitet haben.

Werner Steffens
 Matthias & Patricia, Frederik, Hannah, Leon, Luisa Hedwig Weber

Gering, im August 2020

Meine Seele ist stille in Dir,
 denn ich weiß: Mich hält Deine starke Hand.